

Symposium:

Mit der Verfassung gegen Antisemitismus

Am 30. Juni 2020

12 – 16 Uhr

Universität Potsdam, Audimax

Vor genau zwei Jahren warnten das MMZ und die F.C. Flick Stiftung nach einer Tagung mit Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden und Akteuren der Bildungs- und Forschungslandschaft vor einem Anstieg antisemitischer Einstellungen und Taten. Zwei Jahre später ist ein gesellschaftlich verfestigter Antisemitismus, tätliche Übergriffe an Schulen und Straftaten bis hin zum versuchten Mord an Juden und Jüdinnen bittere Realität geworden. Im Zusammenhang mit der Pandemie sind antisemitische Verschwörungsmymen im Netz geradezu „explodiert“ und auf den sogenannten „Hygienedemos“ bildet sich ein aggressives, zum Teil gewaltbereites Potential, ein Sammelbecken, vor allem auch für Rechtsextremist*innen. Eine gewisse Hilflosigkeit des Staates gegenüber dieser Entwicklung ist nicht zu übersehen.

Die historische Verantwortung gebietet es aus unserer Sicht, neben politischen Appellen zum „Nie wieder“ auch verfassungsrechtliche Bestimmungen einzuführen, die diesen Appellen untermauern.

Das Moses-Mendelssohn-Zentrum und die F.C. Flick Stiftung schlugen bereits im März presseöffentlich eine Ergänzung des Artikel 7a der Landesverfassung vor. Diese zielt darauf ab, Antisemitismus als eigenständige Diskriminierungsform anzuerkennen und die Handlungsmöglichkeiten des Staates im Bereich der Bekämpfung zu erweitern.

Die Bekämpfung von Antisemitismus zum Staatsziel zu erklären, bedeutet eine staatliche Verpflichtung, gegen Antisemitismus (proaktiv?) tätig zu werden.

Bei diesem Symposium wollen wir mit Fachleuten erörtern, in welchen Bereichen eine verfassungsrechtliche Verankerung notwendig ist oder hilfreich sein kann. Welche konkreten Auswirkungen könnte das auf die Bereiche Bildung, Schule, Polizei und Justiz haben? Welche weiteren Schritte würden ermöglicht?

Leitung:

Julius H. Schoeps (Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums) und
Susanne Krause-Hinrichs (Geschäftsführerin der F.C. Flick Stiftung)

Beginn: 12 Uhr

Eröffnung (angefragt):

Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Begrüßungen:

Prof. Oliver Günther, Präsident der Universität Potsdam

Julius H. Schoeps und **Susanne Krause-Hinrichs**, Leitung des Symposiums

Einführung :

Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka, Professor für Jüdische Religionsphilosophie der Neuzeit an der Universität Potsdam, Mitbegründer des Abraham-Geiger-Kollegs, Geschäftsführender Direktor der School of Jewish Theology der Universität Potsdam

Antisemitismus in Brandenburg:

Peter Schüler, Fachstelle Antisemitismus am MMZ

Antisemitismus und Rechtsextremismus:

Apl. Prof. Dr. Gideon Botsch, Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) im MMZ

Perspektive jüdischen Gemeinden Potsdam:

Jewgeni Kutikov, Vorsitzender, und **Alexander Kogan**, stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Gemeinde „Adass Israel zu Potsdam“

Pause: 14 Uhr

Perspektive Verfassungsgericht:

Karen Sokoll, Rechtsanwältin, Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

Perspektive Verfassungsrecht:

Apl. Prof. Dr. Norbert Janz, Universität Potsdam, Landesrechnungshof

Perspektive Schule und Antisemitismus: (per Video-Zuschaltung)

Prof Dr. Julia Bernstein, Professur für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft an der Frankfurt University of Applied Sciences, Autorin von „Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen“ (2020)

Mögliche Wirkungen der vorgeschlagenen Verfassungsänderung für die Strafjustiz:

Wilfried Lehmann, leitender Oberstaatsanwalt Potsdam

Schlusswort:

Julius H. Schoeps und **Susanne Krause-Hinrichs**

Abschluss: 16 Uhr